

Kennzeichnungspflicht für den Stadtordnungsdienst

Beschlussnummer: 18/03

Beschlussdatum: 04.01.2018

Antragsteller*in(nen): Rudy Brabec

Abstimmungsergebnis: 11 dafür / 0 dagegen / 3 Enthaltungen

Beschlusstext

Das Jugendparlament beschließt folgenden Antrag in den Stadtrat einzureichen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Kennzeichnungspflicht für den Stadtordnungsdienst einzuführen.

Finanzierung

Keine Finanzierung aus Mitteln des Jugendparlaments.

Begründung

In einer sich weiterentwickelnden Stadt ist die Polizeiarbeit ein unschätzbarer Aspekt in unserem Alltag, sei es zur Konfliktbewältigung oder als Beitrag zum allgemeinen Sicherheitsgefühl. Genauso besitzt der Stadtordnungsdienst eine sich immer mehr etablierende Rolle, die nun sogar den Namen „Polizeibehörde“ trägt. Neben dem vergrößerten Verantwortungsbereich, und der neuen Ausrüstung, findet sich auch eine neue Präsenz in unserer Stadt wieder, die unter anderem Störungen verhindern soll. Diese Präsenz benötigt neben ihrem Konfliktbewältigungspotential ein gewisses Maß an Transparenz, um nicht aus diesem Sicherheitsgefühl eventuell eine Unsicherheit in der Gesellschaft zu werden. Diese Transparenz sollte in Form einer Kennzeichnungspflicht ersichtlich sein.